



N
O
R
D

S
Ü
D

Geschäfte mit dem Hunger

Bonner Wissenschaftler haben ein Frühwarnsystem gegen Preisschwankungen und Spekulation entwickelt

Von unserer Korrespondentin
TANJA TRICARICO

BERLIN. Somalia, Südsudan, Haiti, die Region um den Tschad-See – seit Jahren herrschen in diesen Gebieten Hungersnöte und Mangeler-nährung. Weil Krieg und Gewalt alltäglich sind, bestellt kaum einer die Felder. Naturkatastrophen, ausgelöst durch den Klimawandel, sorgen für Überschwemmungen oder und zerstören das Land. Was Hungersnöte zusätzlich verschärft, sind unkalkulierbare Preisschwankungen für Grundnahrungsmittel an den Börsen.

„Wenn die Märkte schon angespannt sind, treibt Spekulation die Preise noch weiter in die Höhe“, sagt Joachim von Braun, Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF) an der Universität Bonn. Wird die Versorgung knapp, trifft es die Ärmsten der Armen, vor allem in den afrikanischen Staaten. Eines der eindrucklichsten Beispiele ist die Nahrungsmittelkrise im Jahr 2008. Exzessive Spekulationen vor allem an den Märkten für Mais und Weizen sorgten damals für zusätzliche Preissteigerungen um knapp 30 Prozent. Mehr als 40 Staaten betraf die Ernährungskrise.

Von Braun und seine Kollegen haben ein Frühwarnsystem entwickelt, das Engpässe in einzelnen Regionen vorhersagen kann. Ihre Online-Plattform *foodmonitor.org*, die jetzt in Berlin vorgestellt wurde, sammelt nahezu in Echtzeit die aktuellen Preise für die wichtigsten Grundnahrungsmittel. Dazu gehören Reis, Mais, Weizen und Sojabohnen. Ein Ampelsystem zeigt dann die Versorgungslage für die jeweiligen Produkte an. Hinzu kommen Informationen zur aktuellen Lage. Per Twitter kann jeder schnell verfolgen, ob vor einem Engpass gewarnt wird oder die Situation noch entspannt ist. Vor allem Hilfsorganisationen versprechen sich von dem Monitor, dass sie ihre Einsätze schneller und besser organisieren können. Die Informa-



Weizenverarbeitung in Indien: Über die Preise für Grundnahrungsmittel wird auch an den Börsen entschieden.

FOTO: DPA

tionen sind auch wertvoll für die Regierungen, die dann ihre Notfallpläne aktivieren können.

Das Frühwarnsystem kann Menschenleben retten, den Spekulationshandel dämmt er aber nicht ein. In knapp zwei Wochen will sich das Europäische Parlament mit der Nahrungsmittelspekulation befassen. Neue Regelungen zu den Terminmärkten verbergen sich hinter der EU-Finanzmarkttrichtlinie. Weizen wird in Europa beispielsweise in Paris, London und Budapest gehandelt. Bereits 2014 hat das EU-Parlament die Grundzüge der Richtlinie verabschiedet. Die EU-Kommission hat nun technische Details vorgeschlagen, die die Spekulation mit Nahrungsmitteln eindämmen sollen.

Experten vermuten aber etliche Schlupflöcher für die Händler. Auf

Widerstand stoßen vor allem die Grenzwerte der sogenannten Positionslimits. Eigentlich sollen sie Verzerrungen am Markt verhindern und extreme Preisschwankungen bei Weizen und Mais reduzieren. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht aber vor, dass ein einziger Händler am Ende der Laufzeit eines Termingeschäfts bis zu 35 Prozent des lieferbaren Rohstoffs halten kann. „Das heißt, dass nur drei Händler den entsprechenden Finanzmarkt kontrollieren können“, sagt Marita Wiggerthale, Agrarexpertin bei der Entwicklungsorganisation Oxfam. Sie geht davon aus, dass damit das Risiko für extreme Preisschwankungen deutlich steigt – und damit auch die Gefahr von Hungersnöten. Oxfam appelliert an die Abgeordneten, dem jetzigen Vorschlag nicht zuzustimmen. „Alles andere wäre

Wortbruch“, sagt Wiggerthale. ZEF-Direktor von Braun spricht sogar von neuen Ernährungsfronten auf der Welt. Der Klimawandel gehört dazu. Aber auch Protektionismus, das Bedürfnis, dem Handel Grenzen zu setzen, und den Schwerpunkt auf die eigene Wirtschaft zu lenken. Von Braun sieht vor allem Gefahren durch die neue US-Regierung. Der ehemalige Präsident Barack Obama hatte neuen Regulierungsmechanismen zugestimmt, um etwa den Sekundärhandel zu entschleunigen. Aber auch Firmen, die von der Nahrungsmittelspekulation profitieren, werden in ihre Schranken gewiesen.

Der neue US-Präsident Donald Trump hat bereits angekündigt, rückgängig zu machen, was sein Vorgänger Obama vereinbart hat. „Damit wird den Spekulanten er-

neut die Tür geöffnet“, sagt von Braun. „Das ist ein hohes Risiko für den Kampf gegen den Hunger.“ Schlagen die Preise für Grundnahrungsmittel aus, ist die Versorgung auf dem gesamten Globus betroffen. „Jeder, der exzessive Preisspekulation zulässt in Krisenzeiten, muss sich seiner Verantwortung bewusst sein“, sagt von Braun. „Schert Amerika aus dem Konsens einer angemessenen Regulierung aus, muss das Thema wieder auf die politische Agenda.“

Das gilt auch für die Bundesregierung. Nach dem EU-Parlament müssen die Mitgliedsstaaten zustimmen. Noch vor der Sommerpause soll der Bundestag die Umsetzung der europäischen Regeln verabschieden. Ab Anfang 2018 soll die EU-Finanzmarkttrichtlinie dann gelten.

